



Stellungnahme des Zukunftsforum Familie e.V.

zur Öffentlichen Anhörung des vom Deutschen Bundestag eingesetzten Unterausschuss Parlamentarisches Begleitgremium COVID-19-Pandemie zum Thema „Gesundheitliche und soziale Folgen der Pandemie“ am 17.06.2021.

14. Juni 2021



**zukunftsforum
familie e.v.**

Zukunftsforum Familie e.V.
Michaelkirchstr. 17/18
10179 Berlin

Telefon: 030 2592728-20
Telefax: 030 2592728-60
info@zukunftsforum-familie.de
www.zukunftsforum-familie.de

1. Anlass

Der Geschäftsführer des Zukunftsforum Familie e.V. (ZFF), Alexander Nöhring, ist mit Schreiben vom 09. Juni als Sachverständiger in die Öffentlichen Anhörung des vom Deutschen Bundestag eingesetzten Unterausschuss Parlamentarisches Begleitgremium COVID-19-Pandemie zum Thema „Gesundheitliche und soziale Folgen der Pandemie“ eingeladen worden. Ein Gesetzesentwurf oder Antrag einer im Bundestag vertretenen Fraktionen liegen nicht vor. Im Vorfeld besteht die Möglichkeit, zu dem Thema schriftlich Stellung zu nehmen. Das ZFF bedankt sich für diese Möglichkeit und nimmt die Gelegenheit hiermit wahr.

2. Die Begleitung der Corona-Pandemie durch das Zukunftsforum Familie e. V. (ZFF)

Als familienpolitischer Fachverband hat sich das Zukunftsforum Familie e. V. (ZFF) seit Beginn der Pandemie bzw. der pandemiebedingten sozialen Einschränkungen und Schließungen der Bildungs- und Betreuungsinfrastruktur intensiv mit den sozialen und psycho-sozialen Herausforderungen befasst, die Kindern, Jugendlichen und ihre Familien begegnen. Im Zuge dessen haben wir uns intensiv mit unseren Mitgliedern – weit überwiegend Träger von Einrichtungen familienbezogener Arbeit – ausgetauscht und uns in aktuelle politische Debatten eingebracht.¹

Dabei haben wir uns stets von dem weiten Familienbegriff leiten lassen, der der Arbeit des ZFF zugrunde liegt: **Familie ist überall dort, wo Menschen dauerhaft füreinander Verantwortung übernehmen, Sorge tragen und Zuwendung schenken.** Somit ist die Absicherung der Fürsorgearbeit eine der zentralen familien- und sozialpolitischen Aufgaben. Vor diesem Hintergrund galt in der Krise für uns:

- die Vielfalt des Familienlebens und der familiären Fürsorgebeziehungen zu achten,
- auf soziale Gerechtigkeit hinzuwirken und Armutsfolgen abzumildern sowie
- Gleichstellung und eine partnerschaftliche Familienorganisation zu fördern.

Für all diese Zielsetzungen müssen wir aus familienpolitischer Perspektive leider feststellen, dass dieses nicht – oder nur in geringem Maße – gelungen ist. Vor allem erleben wir vielfach eine Verstärkung von strukturellen Ungerechtigkeiten in unserer Gesellschaft, die seit langem Bestand haben.

Im Folgenden äußern wir uns v.a. zu den sozialen Herausforderungen und Folgen der Pandemie für Kinder, Jugendliche und ihren Familien.

¹ Vgl. hierzu bspw. die gemeinsame Erklärung der Mitgliederversammlung des ZFF am 02.10.2020: „Fürsorge ist systemrelevant! Zwischenrufe des Zukunftsforums Familie e. V. (ZFF)“, [online] [https://www.zukunftsforum-familie.de/wp-content/uploads/newsletter/ZFF_Gemeinsame Erkl%C3%A4rung_der_Mitgliederversammlung.pdf](https://www.zukunftsforum-familie.de/wp-content/uploads/newsletter/ZFF_Gemeinsame_Erklärung_der_Mitgliederversammlung.pdf); vgl. zudem „ZFF-Informationen zur Corona-Krise: Wo wird Familien geholfen, wo bleibt die Unterstützung lückenhaft? Update 06.07.2020“, [online]: https://www.zukunftsforum-familie.de/wp-content/uploads/20200706_ZFF_Informationen-zur-Corona-Krise_Unterstuetzung-fuer-Familien_update.pdf

3. Soziale Herausforderungen und Folgen der Pandemie für Kinder, Jugendliche und ihre Familien

In der Corona-Krise zeigen Familien, dass sie unsere Gesellschaft im Innersten zusammenhalten: ob in der Übernahme privater Fürsorgeverantwortung durch Kinderbetreuung oder bei der Pflege von Angehörigen, ob durch Homeschooling, Homeoffice oder durch die solidarische Nachbarschaftshilfe.

Diese enorme Kraftanstrengung war mit zunehmenden Herausforderungen für Familien verbunden: Bildungsprozesse der Kinder mussten verstärkt privat begleitet und aufgefangen, Familienzeiten mit Zeiten der Erwerbsarbeit „vom Küchentisch“ aus vereinbart und Kinder emotional unterstützt werden in Zeiten, in denen sie ihre Freund*innen nicht treffen, die Großeltern nicht besuchen und den Geburtstag nicht in großer Runde feiern durften.

Bei all diesen Aufgaben waren Familien vielfach auf sich alleine gestellt: Da die Kindertagesbetreuung, Schulen und Angebote der Kinder- und Jugendhilfe geschlossen oder der Zugang zu ihnen eingeschränkt war, brachten die andauernden Herausforderungen der Pandemie Einrichtungen an ihre organisatorischen und personellen Grenzen. Gleiches galt für Angebote ambulanter Pflegedienste oder Tageseinrichtungen. Dabei leisteten auch hier die Träger und Mitarbeiter*innen Großes: Sie erarbeiteten Konzepte und verlagerten Angebote ins Digitale, über Balkongespräche wurden Kontakte aufrechterhalten, telefonische Beratungen wurden ermöglicht und es wurde versucht, Unterstützung und Rat bereitzustellen.

Bundes- und Landesregierungen und viele Arbeitgeber*innen haben verstanden, dass Familien in dieser Situation Unterstützung brauchten. Es wurden Sozialpakete geschlüsselt, Unterstützungsleistungen im Rahmen des Konjunkturpaketes geschaffen und Rücksicht auf Arbeitnehmer*innen mit Fürsorgeaufgaben genommen.

Dennoch zeigt sich, dass die Lasten, die der Lockdown des öffentlichen und sozialen Lebens mit sich gebracht hat, sowie die Wirkungen der staatlichen Rettungsschirme ungleich verteilt sind. Aus unserer Sicht ist es nicht nachzuvollziehen, dass die Interessen von Familien, Senior*innen, Frauen und Jugendlichen nicht am Tisch des Krisenkabinetts und der wissenschaftlichen Beiräte besprochen wurden und bis heute zweitrangig verhandelt werden.

Insbesondere Kinder und Jugendliche fanden mit ihrem Recht auf Bildung sowie auf Teilhabe, Freizeit, Platz zum Spielen und Lernen, für das Treffen mit Freund*innen und auf ein stabiles und möglichst stressfreies familiäres Umfeld wenig Beachtung.

Darüber hinaus sind die Zahlen häuslicher Gewalt in den Zeiten der Pandemie erschreckend angestiegen: Eine wachsende Zahl an Kindern und Frauen waren und sind in ihrem Zuhause Gewalt ausgesetzt.

Bereits Ende 2020 hat das ZFF das **Positionspapier „Familien auch in Krisenzeiten gut absichern!“** veröffentlicht und seitdem regelmäßig aktualisiert. Anlässlich der Anhörung wurde es erneut überarbeitet und liegt als **Anlage dieser Stellungnahme bei.**²

² Bzw. auch abrufbar unter: https://www.zukunftsforum-familie.de/wp-content/uploads/ZFF_Familien-auch-in-Krisenzeiten-gut-absichern_Positionspapier_Juni_21.pdf

Wesentliche Schwerpunkte dieses Papiers sind:

1. **Kinder, Jugendliche und ihre Familien** wurden vielfach alleine gelassen: Die psycho-soziale Belastung v.a. der Kinder hat sich erhöht, ihre Rechte auf Beteiligung weit gehend missachtet und der Kinderschutz konnte nicht überall gewährleistet werden.
2. **Familien** standen unter enormem Druck und vor der unlösbaren Aufgabe, Erwerbsarbeit, Fürsorgearbeit und Homeschooling miteinander zu vereinbaren. Zunehmender ökonomischer Druck erhöht die Gefahr einer Überforderung vieler Familien.
3. **Arme und armutsbedrohte Kinder, Jugendliche und ihre Familien** erhielten so gut wie keine zusätzliche finanzielle Unterstützung zur Bewältigung der krisenbedingten Mehrausgaben, ihnen wurde großes Misstrauen entgegengebracht und sie konnten sich nicht mehr auf infrastrukturelle Unterstützungsangebote verlassen.
4. Beim **Bildungssystem** wurde der große Nachholbedarf im Bereich der Digitalisierung deutlich, insbesondere mit Blick auf die technische, pädagogische und didaktische Umsetzung von Distanzunterricht. Darüber hinaus ist es erst viel zu spät gelungen, alle Kinder und Jugendliche mit den nötigen digitalen Geräten auszustatten, ganz zu Schweigen von Schulen und Lehrkräften. Es ist von einer zunehmenden sozialen Spaltung in der Bildung auszugehen.
5. **Frauen, insbesondere Mütter**, erleben einen „Backlash“ in der Gleichstellung, in dem sie die Hauptlast der krisenbedingten zusätzlichen Fürsorgearbeit übernommen haben. Gleichzeitig unterlagen sie einem hohen Risiko, ihre Beschäftigung zu verlieren oder erhalten ein vergleichsweise niedriges Kurzarbeitergeld, da frauendominierte Branchen/Betriebe die Leistung seltener aufstocken.
6. Bei der **Pflege von Angehörigen** geht die Gesellschaft auch in der Krise fast selbstverständlich davon aus, dass Familienangehörigen die Sorgearbeit übernehmen. Kleinere Ausweitungen im Unterstützungssystem konnten den Wegfall privater oder ambulanter Unterstützungsstrukturen nicht kompensieren.
7. Das Recht und Bedürfnis, Familie zu leben, wurde für viele **Geflüchtete und binationale Paare** für lange Zeit ausgesetzt und ist teilweise bis heute deutlich beschränkt.

Berlin, den 14. Juni 2021